



Pressemitteilung Nr. 16-178
vom 29.05.12

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Rechtsgrundlagen für zügige Asse-Räumung legen

Zur aktuellen Berichterstattung in der "Braunschweiger Zeitung" vom (heutigen) Dienstag, wonach mit der eigentlichen Räumung des maroden Atommlager Asse II bei Wolfenbüttel erst im Jahr 2036 begonnen werden könne, erklärt der atompolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Marcus Bosse:

„Schon seit vielen Monaten weist das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter darauf hin, dass bei der derzeit gültigen Rechtslage erst in vielen Jahren mit der Bergung der Atommlfässer begonnen werden kann. Jetzt ist die Katze aus dem Sack. 2036 ist für uns indiskutabel.

Das Bundesumweltministerium ist aufgefordert, dem erklärten Ziel aller Parteien, Verbände und Initiativen sowie nicht zuletzt der Menschen vor Ort Rechnung zu tragen und die rechtlichen Grundlagen für eine zügige Räumung des alten Salzbergwerks zu legen. Das niedersächsische Umweltministerium muss zu einem Miteinander mit dem BfS zurückfinden und parteipolitische Machtspele unterlassen. Es geht darum, jetzt Verantwortung zu übernehmen und nicht zu verschieben.

Die Zeit drängt. Fachleute bescheinigen dem Bergwerk nur noch eine gesicherte Standsicherheit für die kommenden achteinhalb Jahre. Ein unkontrollierbarer Wassereinbruch kann quasi jederzeit erfolgen. Die Planungen für die Rückholung dürfen deshalb nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die

verschiedenen Arbeitsschritte dürfen nicht nacheinander abgearbeitet werden, sondern müssen parallel erfolgen.

Die Generation vor uns hat das Asse-Abenteuer begonnen. Wir haben keinerlei Berechtigung, die Bewältigung des Desasters unseren Kindern zu überlassen. Wir sind selbst in der Pflicht. Die Rückholung darf nicht scheitern.“